

Ressort: Politik

Bundesregierung: Meisterpflicht würde Fachkräftemangel verschärfen

Berlin, 30.11.2018, 05:00 Uhr

GDN - Die Wiedereinführung der Meisterpflicht würde den Fachkräftemangel verschärfen. Das geht aus einer Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion hervor, über die die Zeitungen des "Redaktionsnetzwerks Deutschland" (Freitag) berichten.

Auf die Frage, ob die Wiedereinführung des Meistervorbehalts Auswirkungen auf den Fachkräftemangel hätte, schreibt die Bundesregierung: "Die Frage kann bejaht werden". Demnach ist der Fachkräftemangel in den zulassungspflichtigen Handwerksberufen größer als in den zulassungsfreien Berufen. Er sei "besonders stark bei den Kälteanlagenbauern, Installateuren und Heizungsbauern, Elektromaschinenbauern, Elektrotechnikern und Klempnern ausgeprägt", heißt es in der Antwort. Und weiter: "Damit sind die A-Handwerke tendenziell stärker betroffen als die B-Handwerke" – bei A-Handwerken handelt es sich um zulassungspflichtige, bei B-Handwerken um zulassungsfreie Gewerbe. Zuletzt waren aus dem Wirtschaftsflügel der Union sowie aus der AfD Forderungen nach einer Wiedereinführung der Meisterpflicht gekommen. Die Grünen-Bundestagsabgeordnete Claudia Müller sprach sich dagegen aus. "Pläne, für Berufe im Baubereich wieder die Meisterpflicht einzuführen, sind heutzutage völlig daneben: In Zeiten des Fachkräftemangels und des Baubooms ist es unsinnig, mit einer Meisterpflicht künstlich die Anzahl der Fachkräfte und Betriebe zu verringern", sagte die Mittelstandsbeauftragte der Grünen dem RND. "Die Wiedereinführung der Meisterpflicht wäre kontraproduktiv, sie würde den Fachkräftemangel verschärfen", betonte Müller. Laut Bundesregierung zeichnet sich allerdings ein Trend zu freiwilligen Meisterprüfungen ab. Zwar habe es seit der Handwerksnovelle 2004 einen starken Rückgang bei den Meisterprüfungen gegeben. "Seit 2007 hat sich jedoch die Zahl der Meisterprüfungen stabilisiert (denkbare Gründe sind hierfür etwa die Marketingkampagnen für die Meisterausbildung und die Erhöhung des sog. Aufstiegs-BAföG) und tendiert sogar leicht nach oben", heißt es in der Antwort. Den Vorwurf der schlechteren Qualität von Arbeiten im Bausektor durch die Abschaffung der Meisterpflicht weist das Bundeswirtschaftsministerium zurück: So stieg zwar die Anzahl der Gerichtsverfahren nach 2004 für drei Jahre stark an, jedoch sank sie seitdem wieder auf das vorherige Niveau zurück – trotz steigenden Bauvolumens. "Die Auswirkungen der Handwerksnovelle werden überschätzt", sagt die Grünen-Politikerin Müller. So seien die Ausbildungszahlen auch schon vor der Handwerksnovelle 2004 stark gesunken. "Die Betriebsgröße hat eine viel größere Auswirkung auf Ausbildungsplätze als die Meisterpflicht", sagte Müller dem RND.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-116178/bundesregierung-meisterpflicht-wuerde-fachkraeftemangel-verschaerfen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA

(702) 943.0321 Local

(702) 943.0233 Facsimile

info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com

www.gna24.com